

HINTERGRUND

Koka-Bauer setzt auf Gas

Bolivien wählt im Dezember – eine Richtungsentscheidung

Für die geschäftsführende Botschafterin Boliviens in Berlin, Maria Mendoza, kann die Bedeutung der Präsidentschaftswahl in dem Andenstaat am 18. Dezember nicht hoch genug bewertet werden. „Das wird eine Richtungsentscheidung für die weitere Zukunft meines Landes sein“, sagte sie dieser Zeitung anlässlich eines Besuchs in Köln, wo die Diplomatin an einer von Studenten organisierten dreitägigen Bolivien-Konferenz in der Universität teilnimmt.

Bolivien – rund dreimal so groß wie Deutschland mit nur neun Millionen Einwohnern – war im Sommer ein großes Stück näher an den politischen Abgrund gerutscht, als Streiks und Unruhen Präsident Carlos Mesa zum Rücktritt zwangen. Hintergrund der Staatskrise, so Frau Mendoza, sind die politische Emanzipierung der Üreinwohner nach einer Reihe von wirtschaftlichen und sozialen Reformen in den 90er Jahren sowie soziale Spannungen zwischen reichem Tiefland und armem Hochland und der Streit um die Bodenschätze. Bolivien, ein Schwerpunktland deutscher Entwicklungshilfe, verfügt nach Venezuela über die zweitgrößten Erdgasre-

serven in Lateinamerika, ist aber gleichzeitig das Armenhaus des Kontinents. Die indianischen Ureinwohner von den Stämmen der Aymara und Quechua, die 70 Prozent der Bevölkerung stellen, fordern daher die Verstaatlichung des Erdgasgeschäfts oder eine deutlich größere Teilhabe des Staats.

Ihr Vertreter ist der Linkspopulist und Koka-Bauer Evo Morales, der am 18. Dezember Präsident werden will. Er nutzt nationale Ressentiments und profitiert nach Einschätzung von Beobachtern nicht unerheblich von dem im Schatten der Krise rasant anwachsenden Koka-Anbau. Zwar gehört die beruhigende und hungerstillende Wirkung des Koka-Kauens seit vielen Jahrhunderten zur Lebenskultur der Indios, doch der Wirkstoff der Blätter bildet auch den Grundstock von Kokain.

Morales' Gegenkandidat ist der Konservative Jorge Quiroga, der in den Jahren 2001 und 2002 schon einmal Präsident und damit gleichzeitig Regierungschef war. Quiroga ist strikter Marktwirtschaftler und gegen jede Form von Verstaatlichung der Gasindustrie, die in den 50er Jahren schon einmal versucht wurde und im Chaos endete.

Seine Kandidatur wird von den USA und der EU unterstützt. Botschafterin Mendoza verweist darauf, dass keiner der beiden Kandidaten nach der Wahl eine eigene Mehrheit im Parlament haben wird und der Wahlsieger sich dann einen oder mehrere Koalitionspartnern suchen muss.

Erst Anfang Mai hatte der Kongress ein neues Energiegesetz verabschiedet, wonach die internationalen Unternehmen wie British Gas, Repsol-YPF (Spanien) und Petrobras (Brasilien) zu den 18 Prozent Lizenzgebühren auch noch 32 Prozent Steuern zahlen müssen. Während den Üreinwohnern das Gesetz nicht weit genug geht, drohen die Unternehmen, die seit 1995 3,5 Milliarden Dollar in Bolivien investiert haben, mit Abwanderung und Regressforderungen. Da die Erdgasreserven im tiefer gelegenen Osten und Süden des Landes liegen, kann die Gefahr einer Spaltung Boliviens nicht von der Hand gewiesen werden, falls Evo Morales sich am Ende durchsetzt und mit einer Verstaatlichung der Gas-Produktion die traditionelle politische Dominanz des Hochlandes zementiert würde.

JAN W. BRÜGELMANN